

Die Volkswirtschaftliche Zeitung



In ganz Halle
die einzige 2 mal wöchentlich erscheinende Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen
Jahrg. 217 Nr. 186/256

Morgens-Ausgabe
Verlagspreis: 10 Pfennig
Halbesche Straße 10/12, Fernruf Central 7801
Geschäftsstelle Halle-Saale
Mittwoch, 29. Oktober 1924
Anzeigenpreis: 10 Pfennig
Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 80, Fernruf Kurfürst 9290

Im Kampf um Schwarz-weiß-rot Der deutschnationale Wahlauftritt

Sür eine konstitutionelle Erbmonarchie!
Berlin, 28. Oktober.

(Eigener Drahtbericht.)
Die Deutschnationale Volkspartei erhebt heute folgenden Wahlauftritt:
Aus den Wahlen am 4. Mai ging die Deutschnationale Volkspartei als die stärkste Partei Deutschlands hervor. Nach dem demokratischen Prinzip, das unsere Gegner hoch und heilig preisen, mußte der Reichspräsident einen der ungenügenden der neuen Regierung berufen. Das hat Herr Brüning getan. Auch in der Zwischenzeit ist uns der getriebene und ungeschickte Anteil an der Regierung verbittert worden. Das geschah, weil zum Scheitern über unser Recht vom Reichspräsident die kleine sterbende Partei der Demokraten erhoben wurde. Die Folge war einleuchtend, vollständig.

Wir treten ein für eine bürgerliche Vereinigung, für wirtschaftlich erträgliche und sozial gerechte Umgestaltung des Staatssystems, für strengste Sparpolitik im Reich, in den Ländern insbesondere auch in den Gemeinden, bei denen jede Verschwendung mit der Armut und Steuerlast des Volkes unvereinbar ist. Wir erheben die Forderung aller Arbeitserhältnisse und des gesamten Volkslebens mit sozialer Gerechtigkeit. Der Handarbeiter ist für uns gesellschaftlich und politisch voll berechtigter Staatsbürger. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen im Geiste dieser Arbeitserhältnisse zusammenwachsen, Arbeitrecht, Arbeitslohn, auch der Gemeinbeit und soziale Versicherung also in diesem Geiste zu erhalten und so einfach und wirksam wie möglich zu gestalten.
Das Ansehen der christlichen Familie
und damit den hohen Beruf der deutschen Frau und Mutter wollen wir die Geltung zurückgewinnen. Ein christliches Ehegesetz fordern wir und zugleich eine Erziehung der Jugend, die wie leiblich und seelisch zu gefunden und weiterlebenden Menschen heranbilden soll. Auf allen unseren Wegen begegnen wir besonders einem Feinde, der international denkenden, sozial feindseligen und wirtschaftlich ger-

übrenden Sozialdemokratie. Die Wehrmacht dieser Partei des Klassenkampfes und der roten Internationalen ist in Regierung und Parlament noch nicht gebrochen. In Preußen besteht bis heute noch, geahnt durch die große Koalition, die sozialdemokratische Widerwehr, nachlässig, wehrlos und ungenügend gegen die rechtlich gemachte vaterländische Bewegung, auch nur in der Beförderung der allwärtigen preußischen Verwaltung, unfähig, dem Preussentum von Jugend und Ordnung, von Recht und Willen gerecht zu werden.
Fort mit Seevering! Fort mit dem ganzen System, das von den Vätern von Bismarck untergraben und nicht den letzten Hauch des Geistes von Weimar verpörrt. Es gilt der Kampf vor allem der marxistischen Sozialdemokratie, ihren Helfershelfern und Schützengängern. Eine Fortbewegung aber muß vor allem erfüllt werden, daß der Reichspräsident, der in der Zwischenzeit in Preußen und in den Ländern der Reichspräsidenten in Preußen werden soll. Seine Verpörrung im nationalen Lager. Der Reichspräsident, vor dem das deutsche Volk am 7. Dezember im Reich und in Preußen steht, hat nur zwei Ziele. Der eine zeigt nach rechts, der andere nach links. Rechts Christentum, Vaterland, gesunde Wirtschaft; links revolutionäre Wirtschaft und wirtschaftlicher Ruin; links: Schwarz-weiß-rot; rechts: Schwarz-weiß-rot.
Wählt deutschnational, das ist schwarz-weiß-rot!

Gründung einer „Liberalen Vereinigung“ Die fortschreitende Spaltung der Demokraten

Berlin, 28. Oktober.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Krise in der demokratischen Partei ist durch-
aus noch nicht zu Ende. Mit der Gründung einer Libe-
ralen Vereinigung, die heute geschaffen ist, meint
vielmehr die Spaltung der Demokraten erst ihren Anfang
zu nehmen. Zunächst zwar wollen die ausgetretenen Demo-
kraten, die die Liberale Vereinigung gründen, nicht als
Partei in Wahlkampf auftreten, aber nach Lage
der Dinge ist zu erwarten, daß sie, ganz wie feinerzeit die Na-
tionalliberale Vereinigung, das ihr aufzutreten wird. Die
Gründer der neuen Vereinigung haben schon seit längerer Zeit
so fest auf ihre Berlin einseitige Wahlkreise und
Wahlorganisationen, daß sie verhältnismäßig leicht
mit Kandidaturen hervortreten könnte. Es ist möglich,
daß diese Entlohnung zur Partei gefördert wird, wenn die Aus-
einandersetzung der demokratischen Partei mit ihren libe-
ralen Delegierten erfolgt. Auf diesem Augenblick
läßt die Liberale Vereinigung noch mit ganz anderen Nach-
teilen als bisher auftreten. Sie besteht in, daß in der
alle die Wirtschaftskräfte vereinigt sind, die
bisher überhaupt noch in der demokratischen Partei vorhanden
waren. Vorläufig darf man wohl annehmen, daß die Masse der
Anhänger der Liberalen Vereinigung auf Seiten der
Deutschen Volkspartei stehen wird, solange sie nicht in
eine neue Partei umgewandelt wird.

Der Reichspräsident. Ob man den Wink in Paris verstehen wird,
Deutschland, oder falls nach ihm ein neuer Reichspräsident kommt, brauchen
wir nur auf den demokratischen Führer Erlenz zu berufen,
wenn die nach dem Zukunftsdenken einer großen bürgerlichen
Regierung die Klärung der Ruhe bewirken. Erlenz redet
nicht schon jetzt damit. Wenn das Wort Hochverrat überhaupt
noch einen Sinn hat, dann ist der Artikel des Herrn
Erlenz Hochverrat.
Man braucht sich über die tatsächliche Berechtigung dieser rein
demagogischen Munde des Herrn Erlenz nicht zu unterhalten.
Wir haben ähnliches ja leider im vorigen Wahlkampf erlebt und
erleben es heute wieder. Weisend ist nur bei diesem Fall,
daß ausgerechnet Herr Erlenz es wagt, den Franzosen ganz
offensichtlich das Stichwort zu bieten.

Das Ergebnis der Zentrumstagung Berlin, 28. Oktober.

Der Reichsparteitag, das Zentrum hat heute
folgendes Beschluß gefaßt:
Der Reichsparteitag der Zentrumspartei spricht dem
Reichspräsidenten Marx und der Zentrumspartei des Reichstages,
die sich geschlossen hinter ihn gestellt hat, sein volles Ver-
trauen aus und gibt der zuverlässigen Erwartung Aus-
druck, daß Einigkeit und Geschlossenheit unserer Wähler dazu
beitragen werden, der verheißenen Politik der Mitte
Recht zu tun. Die Zentrumspartei wird die Regierung zu
übernehmen, die die Regierungsbildung zu übernehmen,
mit allen Parteien die Regierungsbildung zu übernehmen,
die bereit sind und die Gewähr dafür bieten, daß die vom
Reichspräsidenten Marx verfolgte Innen- und
außenpolitische Linie eingehalten wird.

Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Generaloberst von Heeringen Berlin, 28. Oktober.

Auf der französischen Auslieferungstelle „wegen Kriegs-
verbrechen“ befindet sich u. a. auch der Name des Präsidenten
des Reichsriegerbundes, Generaloberst von Heeringen,
dem unter der französischen Vorkriegsregierung „von Heeringen“
vorgeworfen wird, angeblich im Jahre 1916 als Führer der
siebenten Armee die Plünderung von Loos befohlen zu haben.
Wie wir erfahren, ist diese völlig haltlose Anschuldigung,
die von französischer Seite mit allen nur möglichen
Mitteln an erregung versucht wurde, nunmehr gänzlich zu-
gunne gegeben. Es liegt in der Ermittlungsstelle ein
Beschluß des bieren Strafgerichts des Reichspräsidenten, 28.
Oktober 1924 vor, nach dem auf Antrag des Oberreichsanwalts
das Verfahren auf Kosten der Reichsjustiz eingestellt wird. Die
Begründung lautet:
„Die Ermittlungen haben nicht den mindesten
Anhalt für eine strafbare Handlung des Beschuldigten
erbracht. Seine Verordnungen und Tagesbefehle ergeben
nichts, was im Sinne der ganz allgemein gehaltenen und ohne
Zweifel erheben Beschuldigungen gedeutet werden
könnte. Es war im Gegenteil festzustellen, daß die Säulen des
Krieges durch scharfe Klammern, Gerechtigkeit und wohl-
wollende Behandlung der Einwohner nach Möglichkeit zu mil-
dern, das Eigentum der französischen Bevölkerung zu schützen
und das Fortbewahren in koordinierte Bahnen zu lenken.
Seine Verordnungen und Tagesbefehle ergeben nichts,
was im Sinne der ganz allgemein gehaltenen und ohne
Zweifel erheben Beschuldigungen gedeutet werden
könnte. Es war im Gegenteil festzustellen, daß die Säulen des
Krieges durch scharfe Klammern, Gerechtigkeit und wohl-
wollende Behandlung der Einwohner nach Möglichkeit zu mil-
dern, das Eigentum der französischen Bevölkerung zu schützen
und das Fortbewahren in koordinierte Bahnen zu lenken.“

Scharfe Zurückweisung Erlenz' durch die nationale Korrespondenz

Berlin, 28. Oktober.
Die nationalliberale Korrespondenz greift heute den demo-
kratischen Führer Erlenz wegen eines Artikels über „Die
Tragödie Deutschlands“ in der „Volkswirtschaftlichen Zeitung“
morgen scharf an. Erlenz hängt den Führer der Deutschen
Volkspartei an, weil Herr Erlenzmann als Reichspräsident für
eine Erweiterung der Regierung nach rechts eintraten sei. Als
Reichspräsident müsse Erlenzmann wissen, daß dann eine
Ultrarechte der Reichspräsidenten ausgeschlossen sei. (1) Die
Korrespondenz bemerkt hierzu: Die Währungsreform erfolgte
auf Grund internationaler Verträge die in Bonn
verhandelt wurden. Wir haben also ein verheißenes Recht
auf die etappenweise Klärung des besetzten Gebietes. Was
sagt aber Herr Erlenz? „Wenn Deutschland von seinem
Recht Gebrauch macht, die Regierungsbildung nach seinem
eigenen Ermessen zu vollziehen, dann werden wir nie-
mals die Währungsreform der Reichspräsidenten er-
scheiden.“ Wo und wann hat Deutschland in eine beratige
schändliche Verleumdung seiner politischen Freiheit und nationalen
Rechte eingewilligt? Weder im Sonderabkommen, noch im
Verfallenen Artikel steht es Wort davon. Herr Erlenz aber, den
die Demokratische Partei zu ihrem Führer erheben hat, nach-
dem sie von allen guten Geistern verlassen ist, stellt die Fran-
zosen öffentlich durch diesen Artikel in der „Volkswirtschaftlichen
Zeitung“ als für neue Angriffe, wie wir sie bis jetzt noch nicht erlebt
haben. Nach Erlenz hängt die Klärung der Ruhe nicht ab
von der Erfüllung des Sonderabkommens, sondern gleich-
zeitig von der Bildung einer linksdemokratischen Regierung in

Wahlkampf um Schwarz-weiß-rot! Auch in diesem Kampf
kämpft für: (Schwarz-weiß-rot) National Sozial
Reichspräsident wollen wir, die auf deutschen Boden
ansetzen, den Klassenkampf vertritt und die Arbeiter vom
Zeror befreit.

Wir kämpfen für schwarz-weiß-rot! Auch in diesem Kampf
kämpft für: (Schwarz-weiß-rot) National Sozial
Reichspräsident wollen wir, die auf deutschen Boden
ansetzen, den Klassenkampf vertritt und die Arbeiter vom
Zeror befreit.
Eine Volksgemeinschaft, die auf diese Fundamente
beruht, ist ein Kampfziel, eine Freiheit und gerichtet. Eine
Schöpfung des Volkes in Freiheit und Gerechtigkeit. Eine
Grundbedingung jeder Volksgemeinschaft ist die Freiheit
des Willens eine Verfassung, die der deutschen Eigen-
art entspricht. Die deutsche Staatsform ist für das deutsche Volk
die konstitutionelle Erbmonarchie. Der Volkswille wird zu
einem Recht auf gleichem Wege über die Staatsform ent-
scheidet.
Als nächstes Ziel erheben wir Wiederherstellung eines ge-
sunden Liberalismus und Befreiung der freien Wirtschaft des
Fortschritts. Der Volkswille darf nicht durch Schiedungen aus-
geschlossen werden. Entgegen der Verfassung ist der
Reichspräsident nach immer nicht vom Volk gewählt.
Wir verlangen schleunigst Änderung dieser Verfassung. Der
Reichspräsidentenwahlrecht mit seiner Verfassung des
deutschen Volkes nicht und fällt mit der Rüge von Deutschland
auf. Die Verfassung ist nicht erfüllt, wenn ein Reichspräsident
den und der nicht anständig in jeder Hinsicht. Die
Reichspräsidenten der großen deutschen Vergangenheit, das ängstliche
Wortchen auf jedes Wort des Auslandes, das passivität
einmal im Innern einer waffenlosen Welt, das kritische
Wortchen auf den Willen, das unermüdliche
Kämpferinnen Unbequemlichkeit mit unseren Feinden sind wie mit
der Würde, so auch mit den Zukunftsinteressen unseres Volkes
unvereinbar.
Die Dammesetze sind jetzt bindendes Recht.
Die Ausführung, die die Notwendigkeit einer Wahrung
unserer Rechte erweisen wird, verlangt, was eine man-
nliche Vertreter des deutschen Landvolkes, das
mit Reich und Volk nicht im wirtschaftlichen Stand verfallen
und unsere tapferen Brüder und Schwestern im
besetzten Gebiet enthält wieder die Freiheit
erlangen. Der Staat muß aber endlich werden seinen Beamten
und allen seinen Bürgen gegenüber. Der Versuch gegebener
Verträge, die Verordnungen garantierte Worte unter-
geordnet, jede Staatsangehörige. Soweit es irgend in
einen Kräfte steht, muß der Staat das fürstbare Unrecht
wegen quidem, das er durch unethisches Geld und ungerichte
Verleumdungen den Volksgenossen zufügt, die ihm vertrauensvoll
die Schwärme hingeben.
Wir verlangen größtmögliche Umgestaltung der Wä-
sungsverordnungen, Schutz des Berufsstandes, damit Stellung und
Beförderung nicht durch eingeschobene Außenleiter gefährdet
werden darf. Die seit dem Umsturz eingerissene Korrup-
tion ist mit Stumpf und Stiel zu tilgen. Die
Reichspräsidenten muß unabhängig sein und darf nicht zu
Dienstern der Politik herabgewürdigt werden. Zukünftige
Rolle für die notleidenden alten Soldaten, Kriegsgeldbesitzer
und Hinterbliebenen ist Ehrenpflicht des Staates. Jeder christ-
lichen Arbeit und jedem christlichen Gewerbe gebührt der staat-
liche Schutz.
Wir fordern partizipativen Schutz für die Industrie und die
Landwirtschaft, die aus jüngerer Krise gerettet
werden müssen, um ihre Aufgabe als Grundlage der Volkswirtschaft
und höchsten Quell der Volkswirtschaft erfüllen zu können.
Schutz dem verunglückten Mittelstande im Handwerk und Kleinen
Handel, Schutz der geistigen Arbeit, die Deutschland groß ge-
macht hat.

Wir kämpfen für schwarz-weiß-rot! Auch in diesem Kampf
kämpft für: (Schwarz-weiß-rot) National Sozial
Reichspräsident wollen wir, die auf deutschen Boden
ansetzen, den Klassenkampf vertritt und die Arbeiter vom
Zeror befreit.
Eine Volksgemeinschaft, die auf diese Fundamente
beruht, ist ein Kampfziel, eine Freiheit und gerichtet. Eine
Schöpfung des Volkes in Freiheit und Gerechtigkeit. Eine
Grundbedingung jeder Volksgemeinschaft ist die Freiheit
des Willens eine Verfassung, die der deutschen Eigen-
art entspricht. Die deutsche Staatsform ist für das deutsche Volk
die konstitutionelle Erbmonarchie. Der Volkswille wird zu
einem Recht auf gleichem Wege über die Staatsform ent-
scheidet.
Als nächstes Ziel erheben wir Wiederherstellung eines ge-
sunden Liberalismus und Befreiung der freien Wirtschaft des
Fortschritts. Der Volkswille darf nicht durch Schiedungen aus-
geschlossen werden. Entgegen der Verfassung ist der
Reichspräsident nach immer nicht vom Volk gewählt.
Wir verlangen schleunigst Änderung dieser Verfassung. Der
Reichspräsidentenwahlrecht mit seiner Verfassung des
deutschen Volkes nicht und fällt mit der Rüge von Deutschland
auf. Die Verfassung ist nicht erfüllt, wenn ein Reichspräsident
den und der nicht anständig in jeder Hinsicht. Die
Reichspräsidenten der großen deutschen Vergangenheit, das ängstliche
Wortchen auf jedes Wort des Auslandes, das passivität
einmal im Innern einer waffenlosen Welt, das kritische
Wortchen auf den Willen, das unermüdliche
Kämpferinnen Unbequemlichkeit mit unseren Feinden sind wie mit
der Würde, so auch mit den Zukunftsinteressen unseres Volkes
unvereinbar.
Die Dammesetze sind jetzt bindendes Recht.
Die Ausführung, die die Notwendigkeit einer Wahrung
unserer Rechte erweisen wird, verlangt, was eine man-
nliche Vertreter des deutschen Landvolkes, das
mit Reich und Volk nicht im wirtschaftlichen Stand verfallen
und unsere tapferen Brüder und Schwestern im
besetzten Gebiet enthält wieder die Freiheit
erlangen. Der Staat muß aber endlich werden seinen Beamten
und allen seinen Bürgen gegenüber. Der Versuch gegebener
Verträge, die Verordnungen garantierte Worte unter-
geordnet, jede Staatsangehörige. Soweit es irgend in
einen Kräfte steht, muß der Staat das fürstbare Unrecht
wegen quidem, das er durch unethisches Geld und ungerichte
Verleumdungen den Volksgenossen zufügt, die ihm vertrauensvoll
die Schwärme hingeben.
Wir verlangen größtmögliche Umgestaltung der Wä-
sungsverordnungen, Schutz des Berufsstandes, damit Stellung und
Beförderung nicht durch eingeschobene Außenleiter gefährdet
werden darf. Die seit dem Umsturz eingerissene Korrup-
tion ist mit Stumpf und Stiel zu tilgen. Die
Reichspräsidenten muß unabhängig sein und darf nicht zu
Dienstern der Politik herabgewürdigt werden. Zukünftige
Rolle für die notleidenden alten Soldaten, Kriegsgeldbesitzer
und Hinterbliebenen ist Ehrenpflicht des Staates. Jeder christ-
lichen Arbeit und jedem christlichen Gewerbe gebührt der staat-
liche Schutz.
Wir fordern partizipativen Schutz für die Industrie und die
Landwirtschaft, die aus jüngerer Krise gerettet
werden müssen, um ihre Aufgabe als Grundlage der Volkswirtschaft
und höchsten Quell der Volkswirtschaft erfüllen zu können.
Schutz dem verunglückten Mittelstande im Handwerk und Kleinen
Handel, Schutz der geistigen Arbeit, die Deutschland groß ge-
macht hat.

